Seite 6.qxp_Layout 1 26.11.20 11:11 Seite 1

Konservative Fehlinterpretation

Frust in Schweina: LINKE Ortsteilräte wollen endlich ein eigenes Budget und kritisieren die Gutsherrenart von CDU-Bürgermeistern als unverschämt.

Es mag ein positives Wesensmerkmal der kommunalen Selbstverwaltung sein, dass der Gesetzgeber den Kommunen Gestaltungsräume überlässt. Im Falle der Nichtgewährung eines Ortsteilbudgets für den Ortsteil Schweina in der Kurstadt Bad Liebenstein (Wartburgkreis) sehen die beiden Ortsteilräte Vaiko Weyh und Falk Hausdörfer jedoch eine krasse Fehlinterpretation durch den CDU-Bürgermeister, die zuständige Kommunalaufsicht sowie durch das Innenministerium.

Es wird argumentiert, dass alle im Stadthaushalt dem Ortsteil in irgendeiner Form für freiwillige Aufgaben zuzurechnenden Ausgaben ins Ortsteilbudget eingerechnet werden können. Doch genau dies darf aus unserer Sicht nicht geschehen - denn über welche dem Ortsteil zur Verfügung gestellten Mittel soll der Ortsteilrat entscheiden, wenn ihm keinerlei Mittel zur Verfügung stehen? Und warum wird dies in Kommune A anders gehandhabt als in Kommune B?

Für uns als basisdemokratische LINKE kann eine von den jeweiligen Bürgermeistern und Rechtsaufsichten nach Gutsherrenart auszulegende Kommunalordnung nicht das letzte Wort sein, denn „Gummiparagraphen“, die so allgemein oder unbestimmt formuliert sind, dass sie die verschiedensten Auslegungen zulassen, erzeugen verständlicherweise Frust. Bad Liebensteins Bürgermeister Brodführer (CDU) nannte die Forderung der LINKEN für ein Ortsteilbudget in der Lokalpresse „unverschämt“. Wir sehen in seiner Deutung eine Einschränkung der Rechte des Ortsteilrates und bleiben bei unserer Auffassung:

Die LINKEN Ortsteilräte Vaiko Weyh (r.) und Falk Hausdörfer (l.) wollen endlich Klarheit beim „Gummiparagraphen“ in der Kommunalordnung.

Ein eigenes, wenn auch kleines Ortsteilbudget gibt einem Ortsteilrat gewisse Gestaltungsmöglichkeiten, macht damit die Arbeit im Ortsteil attraktiver, stärkt die Identifikation mit dem Wohnort und motiviert zur Mitarbeit. Dies beweisen Kommunen, in denen dies bereits erfolgreich gehandhabt wird. Unsere LINKE-Landtagsfraktion sollte beim Thema Ortsteilbudget noch vor der Landtagswahl klare und unmissverständliche Regelungen einfordern und diesbezüglich eine Nachbesserung der Kommunalordnung beantragen.

Falk Hausdörfer

Rückwärtsgewandte Spitzenverbände

Rot-Rot-Grün will, dass kommunlae Ausschüsse öffentlich tagen –Konservative sind dagegen.

LINKE, SPD und Grüne hatten im Frühsommer einen Gesetzentwurf zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung in den Landtag eingebracht. Dieser sieht neben pandemiebedingten Anpassungen der Kommunalordnung Regelungen für mehr Beteiligungsmöglichkeiten von Bürger*innen und Transparenz vor. So sollen alle kommunalen Ausschüsse künftig öffentlich tagen und eine Einwohnerfragestunde verpflichtend stattfinden.

Die kommunalen Spitzenverbände lehnten diese Vorschläge in der Anhörung ab. Im Anschluss zeigte sich der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Vorstandsmitglied der Thüringengestalter, Sascha Bilay, enttäuscht: „Die Spitzenverbände sind rückwärtsgewandt und stellen sich gegen jede Modernisierung der Kommunalordnung mit Blick auf mehr Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger*innen und Transparenz in unseren Kommunen.“ Auch die von der CDU dominierten Kommunalen Spitzenverbände (z.B. der Thüringche Landkreistag) würden Verantwortung dafür tragen, dass bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen gewürdigt und gestärkt wird.

Das wollen wir inThüringens Kommunen nicht mehr sehen!

Man werde nunmehr auf Grundlage der Anhörung den Dialog über eine Modernisierung der Thüringer Kommunalordnung fortsetzen.

Matthias Gärtner

Mehr über Ortsteilbudgets und Kommunalordnung lesen? QR-Code scannen!

Impressum

DIE THÜRINGENGESTALTER
Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V.
V.i.S.d.P.: Markus Gleichmann
Landesgeschäftsstelle
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt
Telefon: 0361 54128389